

Chronik des Monats

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **42 (1963)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

CHRONIK DES MONATS

VON DR. MARCEL BERTSCHI

Innenpolitik

In der Sommersession der eidgenössischen Räte wurden die Geschäftsberichte des Bundesrates genehmigt. Revolutionäre Entscheide wurden erwartungsgemäß nicht getroffen. Der Nationalrat stimmte der Gewährung eines 865-Millionen-Kredites an den Internationalen Währungsfonds zu, obwohl die Schweiz nicht Mitglied ist. Auch die Schweiz müsse ihre Solidarität zum Westen bei der Stützung von «schwachen Währungen» beweisen, war die Begründung. Ein Vorstoß von freiwirtschaftlicher Seite, man solle eher einmal die Einführung flexibler Wechselkurse prüfen, wurde ohne viel Aufwand abgelehnt. Damit hat man allerdings die gegenwärtig überaus heikle Frage des Wechselkurses nicht gelöst! Für 35 Millionen Franken wurde die Anschaffung von 29 Helikoptern für unsere Armee bewilligt. Das Arbeitsgesetz konnte immer noch nicht zu Ende beraten werden. Im Differenzbereinigungsverfahren hielt der Nationalrat am «Kompromiß von Lugano» fest, gab hingegen bei der Beratung der «Besitzstandgarantie» für die Ferien nach: Die Kantone, die mehr als drei Wochen Ferien gesetzlich fixiert haben – zum Beispiel Baselstadt –, werden nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes darauf verzichten müssen. Diesen Verzicht unterstützte auch ein bekannter Gewerkschaftsführer (!) mit der Argumentation, der Vertrag sei wichtiger als das Gesetz. Noch wichtiger, so möchte man meinen, sind die sozialen Fortschritte für die Arbeitnehmer... Von den übrigen Verhandlungen sei nur noch ein pikantes Detail erwähnt: Beim Nationalstraßenbau scheinen sich einige Baufirmen nicht schlecht bereichern zu wollen. Bei den Offerten für den Bau des Belchentunnels wurden Preisdifferenzen bis zu 14 Millionen Franken festgestellt!

Am 1. Juli starb in Basel der sozialdemokratische Regierungsratspräsident Fritz Brechbühl im 67. Altersjahr; er war Vorsteher des Polizeidepartements und baselstädtischer Militärdirektor gewesen.

Den Autobesitzern wird das Jahr 1964 eine massive Erhöhung der Haftpflichtversicherung bringen: Die Prämien werden durchschnittlich um 23 Prozent erhöht werden; außerdem wird neu ein Bonus/Malus-System eingeführt.

Die Wasserverschmutzung in der Schweiz nimmt immer katastrophalere Auswirkungen an. Nur eines ist noch schlimmer: die Gleichgültigkeit der Bevölkerung! Seit Anfang Juli mußte Genf den Badebetrieb an weiten Strandflächen des linken Seeufers verbieten, Mitte Juli mußten auch einige Badanstalten am Neuenburgersee geschlossen werden. Endlich scheint man nun auch gegen die Hauptschuldigen, gewisse Fabrikbetriebe, vorzugehen. Die Papierfabrik Cham muß auf den 1. August ihre Zellulosefabrikation einstellen, da diese an der schlimmen Verschmutzung der Lorze in erster Linie schuld ist. Der Bundesrat gab auch der Berner Regierung den «Rat», gegen die Zellulosefabrik Dozière S. A. in Delsberg vorzugehen, die an der Verschmutzung der Birs nicht unschuldig ist. Seit Monaten mußten in dieser Gegend Hunderte von Familien ihr Leitungswasser vor dem Gebrauch sieden – niemand protestierte... Daß eine sicher nicht arme Stadt wie Luzern noch keine Kläranlage hat, zeigt wohl deutlich, wie schlimm es mit dem Schutz unserer Gewässer steht. Es wird einmal ein böses Erwachen geben!

Am 7. Juli fanden im Kanton Zürich die Kirchengesetze, die den Frauen das Stimmrecht in kirchlichen Angelegenheiten, der katholischen Kirche die öffentlich-rechtliche Anerkennung und der evangelischen Kirche eine größere Selbständigkeit und vermehrte finanzielle Hilfe brachten, die mehrheitliche Zustimmung der Stimmbürger. Zur gleichen Zeit fanden in Schaffhausen «Europa-Gespräche» statt, die der schweizerische Oberst Wilhelm Mark dazu benutzte, die Eigenproduktion von Atomwaffen durch die Schweiz zu fordern. Oberstkorpskommandant Uhlmann schwieg zu diesen wohl mehr als merkwürdigen Äußerungen! Nicht nur in der Schweiz, auch im Ausland erregen solche Vorstöße einiges Befremden...

Während sich noch vor wenigen Jahren die meisten Gemeinden mit Händen und Füßen gegen eine Umfahrung wehrten und darin den Beginn ihres Unterganges sahen, scheint es sich langsam herumzusprechen, daß im Gegenteil die Durchfahrung der Gemeinde schädlich ist. Der ständig steigende Verkehr fordert täglich seine Opfer – und der Lärm und der Gestank nehmen erschreckend zu. Das bewog St. Moritz, dringend eine Umfahrungsstraße zu fordern, da die Verkehrsflut sonst viele gute Gäste vertreibe. Erfreuliche Erkenntnisse, deren Verbreitung man im ganzen Land sehen möchte.

Eine Untersuchung des Bundesrates über das schweizerische Bildungswesen ergab, was einsichtige Leute schon lange festgestellt hatten: Es fehlt an Schulen und Universitäten, es fehlt an Lehrern und Professoren, es fehlt an genügendem Nachwuchs. Es fehlt aber auch an den Möglichkeiten, diese Fehler zu überwinden. Sturer Föderalismus, Mangel an Mitteln der öffent-

lichen Hand, mangelnder Wille, mit Hochdruck an die Lösung dieser Probleme zu gehen, usw., stehen hindernd im Wege. Es scheint, daß noch ein schwieriger Weg vor uns liegt. Sogar bei der Beschaffung der statistischen Unterlagen machten die meisten Kantone Schwierigkeiten . . .

(Abgeschlossen am 21. Juli)

Außenpolitik

Die Zusammenstöße zwischen Weißen und Schwarzen reißen in Amerika seit Juni nicht mehr ab. Immer deutlicher zeigt es sich, daß sich die Neger nicht mehr verträsten lassen wollen. Sie verlangen die Gleichberechtigung heute. Das behutsame Vorgehen der Kennedy-Regierung hat sie enttäuscht. Die nach wie vor große Arbeitslosigkeit in den USA hat an den immer härter werdenden Auseinandersetzungen ihren Anteil, ist doch die Zahl der Arbeitslosen unter den Negern mehr als doppelt so groß als unter den Weißen.

Am 14. Juni startete in der Sowjetunion wieder ein Raumschiff, die «Wostok V», mit dem Astronauten Bykowskij an Bord; zwei Tage später startete die erste Astronautin der Welt, die Russin Tereschkowa. Beide landeten am 19. Juni bei guter Gesundheit. Bykowskij hatte 81 Erdumkreisungen hinter sich gebracht, die erste Kosmonautin 48, also mehr als alle bisherigen amerikanischen Astronauten zusammen.

Am 16. Juni demissionierte Israels Ministerpräsident und Verteidigungsminister Ben Gurion, sein Nachfolger wurde Levi Eschkol. Auch Italien hatte eine – wenn auch viel länger andauernde – Regierungskrise. Nach den Wahlen, die den Kommunisten einen starken Zuwachs an Stimmen gebracht hatten, stießen die Versuche zur Bildung einer Mitte–Links-Regierung auf große Schwierigkeiten. Unter dem Druck seiner Partei billigte Nenni eine Regierung unter Moro nicht. Um wenigstens die wichtigsten Regierungsgeschäfte trotzdem erledigen zu können, wurde unter Leone knapp vor dem Besuch Kennedys in Italien (am 1. Juli) eine Übergangsregierung gebildet, die politisch in der Mitte beheimatet ist, eher aber nach rechts tendiert. Kennedys Besuch in Europa war – abgesehen von den Begeisterungstürmen, die er in Westdeutschland erntete – kaum sehr erfolgreich. In Bonn traf er einen Bundeskanzler, der in wenigen Monaten abtreten wird. Es gelang ihm auch nicht, die zwischen Deutschland und Amerika bestehenden Spannungen zu beheben. Bonn sieht – um nur einen Streitpunkt zu erwähnen – mit Mißbehagen jede amerikanische Initiative in der

West–Ost-Frage. In Italien traf Kennedy dann eine Übergangsregierung, die für Italiens Zukunft überhaupt nicht repräsentativ ist. Er konnte hingegen den am 21. Juni als Nachfolger von Johannes XXIII. gewählten Papst Paul IV., den bisherigen Erzbischof von Mailand, in einer Privataudienz sprechen. Als Gegenstück zu Kennedys Europabesuch besuchte Chruschtschew am 28. Juni Ostberlin und die DDR. Auch er zeigte sich von seinem Besuch nicht voll begeistert. Wie könnte er auch Ulbrichts Reich wohlgeordnet und blühend finden? Sorgen mochten dem russischen Ministerpräsidenten auch die am 5. Juli beginnenden Gespräche zwischen Chinesen und Russen in Moskau bereiten, die – wie der Verlauf der Verhandlungen zeigte – für die Einheit des Weltkommunismus einen vernichtenden Schlag darstellten. Zwischen Rußland und China besteht ein großer Graben, der nicht einmal notdürftig zugedeckt wurde. Am 20. Juli reiste die chinesische Delegation wieder ab. In der Zwischenzeit hatte man sich in aller Öffentlichkeit mit teilweise bitterbösen «Offenen Briefen» überschüttet, die das Auseinanderklaffen der russischen und der chinesischen Auffassung zeigten. Alle kommunistischen Parteien der Welt kämpfen seit einiger Zeit gegen die gleichen Schwierigkeiten. Alle Parteien des Ostblocks – mit Ausnahme Rumäniens, das mit der Wirtschaftspolitik im Comecon nicht zufrieden ist – unterstützen Chruschtschews Politik, ebenso die KP der westlichen Länder, doch zeigt es sich, daß innerhalb von diesen sich auch «chinesische Flügel» befinden, denen die Parteispitzen nach bewährter Methode mit Ausschlüssen beikommen wollen...

Waren die russisch-chinesischen Verhandlungen nicht erfolgreich, so scheint es, daß die am 15. Juli ebenfalls in Moskau begonnenen Verhandlungen zwischen den USA, Großbritannien und der Sowjetunion über einen Atomteststopp gewisse Aussichten auf einen erfolgreichen Abschluß haben. Unterirdische Versuche werden allerdings von einem allfälligen Abkommen nicht erfaßt werden. Unberührt davon, bereitet Frankreich seine nächsten Atomtests im Pazifischen Ozean (Tahiti) vor... Finanzielle Mittel für die «force de frappe» scheint Frankreich zu haben, nicht aber für die Sanierung des Absatzes der landwirtschaftlichen Produkte, noch die Förderung des Wohnungsbaues, noch für den Ausbau der Schulen und Universitäten!

Am 7. Juli wurde in Bayern mit überwältigendem Mehr der seit der «Spiegel»-Affäre doch erheblich angeschlagene frühere Verteidigungsminister als Vorsitzender der CSU wiedergewählt. Deutschlands Weg zur Demokratie scheint noch nicht am Ende angelangt zu sein. Unter diesem Aspekt lassen sich auch die amerikanisch-russischen Verhandlungen über die Errichtung eines heißen Drahtes von Washington nach Moskau deuten, die am 20. Juni zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht werden konnten:

Die Kabel werden über Helsinki–Stockholm–London führen; Westdeutschland und Frankreich werden also sorgfältig umgangen. Eine für Bonn ebenfalls nicht erfreuliche Affäre wurde am 8. Juli im größten bisher in Deutschland abgehaltenen Spionageprozeß enthüllt. Angeklagt sind die beiden SS-Führer im Reichssicherheitsamt Heinz Felfe und Hans Clemens und ihr Gehilfe Erwin Tiebel, die – eifrige Nazis und Agenten im Hitlerreich – nach dem Krieg sofort in den von den USA finanzierten Nachrichtendienst des Wehrmachtsgenerals Gehlen aufgenommen wurden und dort weiterhin Spionage trieben. Diesmal auftragsgemäß für die Amerikaner, nach der Übernahme der «Organisation Gehlen» durch die Bundesrepublik für Westdeutschland. «Aus Haß gegen die USA» arbeiteten alle drei aber seit 1950 auch für Rußland. Weniger die Tätigkeit als Doppelspione macht diese Affäre so widerwärtig, sondern die Tatsache, daß Nazis ohne Wimpernzucken von Amerikanern und Deutschen in Nachrichtendienste aufgenommen wurden und – wie Heinz Gehlen – in Westdeutschland ohne Schwierigkeiten wieder zu hohen politischen Rängen aufsteigen konnten. (Felfe war vor seiner Verhaftung 1961 Oberregierungsrat.)

Spionagefälle erschüttern nicht nur die politische Stabilität in der Bundesrepublik. Auch Schweden hat seinen handfesten Skandal, indem ein hoher schwedischer Diplomat, Wennerström, Mitte Juli zur Aburteilung gelangt; er hat den Russen praktisch die gesamte schwedische Verteidigung verraten und – was als Nebenprodukt dieses Prozesses eher unterspielt wurde – gezeigt, daß die militärischen Beziehungen zwischen dem neutralen Schweden und der NATO eigentlich recht eng sind. Die Regierung Macmillan – kaum den Klippen des «Profumo-Skandals» entronnen – erlitt Anfang Juli einen neuen Schock: Der ehemalige Diplomat und spätere Journalist für angesehene Londoner Blätter, Philby, verschwand hinter dem Eisernen Vorhang. Die früher von der Regierung kategorisch verneinte Vermutung, er habe seinerzeit den britischen Spionen Burgeß und MacLean eine Warnung zukommen lassen, wurde bestätigt.

Am 9. Juli wurde in London zwischen Großbritannien, Malaya, Singapur, Sarawak und Nordborneo die Gründungsurkunde für die am 31. August dieses Jahres entstehende Staatenföderation Malaysia unterzeichnet, der der Sultan von Brunei nicht beitreten will, die Indonesiens Präsident Sukarno aber plötzlich – nachdem er früher immer gegen diese Pläne wütete – billigt.

Am 11. Juli verjagte eine Militärjunta den bisherigen Präsidenten von Ekuador, Carlos Arosemena, weil er dem Trunk ergeben sei. Wichtiger als dieses «männliche» Laster wird aber die Tatsache sein, daß er für freundschaftliche Beziehungen zu Kuba eintrat! Hat doch Präsident Kennedy an

einer Pressekonferenz am 17. Juli erklärt, daß es zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten keine friedliche Koexistenz geben könne!

Am 17. Juli brach in Portugiesisch-Guinea ein Aufstand aus. Die gut geschulten Guerillakämpfer scheinen den portugiesischen Truppen einige Schwierigkeiten zu bereiten. Syrien konnte hingegen zur gleichen Zeit einen Aufstand pronasserischer Offiziere und Zivilisten innert weniger Tage ersticken. Die neue VAR scheint auf ebenso wackeligen Füßen zu stehen wie die portugiesischen Besitzungen in Afrika.

(Abgeschlossen am 21. Juli)

Blick in die Zeitschriften

Kulturelle Auseinandersetzungen in der Sowjetunion

Ein besonders einträgliches Thema für viele sich als «Ostspezialisten» ausgebende Journalisten ist die seit Stalins Tod ins Rollen gekommene Auseinandersetzung auf kulturellem Gebiet in der Sowjetunion und den Volksdemokratien. Während langer Zeit stand das am stärksten liberalisierte Polen im Mittelpunkt einer sich kraß widersprechenden Berichterstattung. Eigentümlicherweise tritt das Interesse unserer Journalisten immer dann in den Vordergrund, wenn die Liberalisierung einen Rückschritt erleidet. So würdigte man zum Beispiel in unserer Presse das Ehrenburg-Buch «Tauwetter» erst dann, als man es im Osten kritisierte, und die polnische Zeitung «Po Prostu» fand bei uns in dem Moment die höchste Anerkennung, als sie Gomulka verbot. Auch auf die neuesten kulturellen Auseinandersetzungen in der Sowjetunion reagiert unsere Presse ähnlich. Viele abstrakte Künstler und modernistische Dichter und Schriftsteller, die seit Jahren in Moskau und andern russischen Städten wirkten, fand man bei uns fast ausnahmslos nicht erwähnenswert. Nun plötzlich, das heißt seit dem Dezember 1962, wird der erstaunten Leserschaft eröffnet, daß diese hochbegabten Künstler von seiten des sowjetischen Staatsapparates unerhörten Schikanen ausgesetzt seien. Ein Kunstwerk wird somit von unserer Presse erst dann anerkannt, wenn es der kommunistischen Kritik ausgesetzt ist. Sollte aber «unglücklicherweise» diese Kritik aufhören, obwohl sich das Schaffen des Künstlers in keiner Weise geändert hat, so verliert er unmittelbar die Anerkennung und Würdigung durch unsere Presse. Dies zeigt deutlich, daß vielen unserer «Ostspezialisten» gar nicht an einer sachlichen Orientierung gelegen ist und daß diesen «Spezialisten» leider oft die «speziellen» Kenntnisse über die Entwicklung in den Oststaaten abgehen. Bedauerlicherweise ist es den meisten Lesern mangels Sprachkenntnisse